

## Die Zivilgesellschaft in Russland stärken

Zeitgleich mit der Ministerpräsidentin weilte in der vergangenen Woche (6.–13. Oktober 2012) eine weitere Thüringer Delegation in Russland. „Wir wollten möglichst viele Menschen treffen und sie bei ihrem Engagement für die Zivilgesellschaft in Russland unterstützen“, umreißt **Dr. Martin Kummer**, Vorsitzender der Deutsch-Russischen

Freundschaftsgesellschaft das Anliegen der einwöchigen Besuchsreise. Mit ihm waren Mitarbeiter der Landtagsfraktionen von FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Linke sowie ein Erfurter Rechtsanwalt zunächst nach Moskau gereist, wo sie u.a. eine berufsvorbereitende Schule, das Goethe-Institut und die Deutsche Botschaft besuchten und Gespräche mit Vertretern der deutschen politischen Stiftungen in Moskau, von Memorial und dem Centrum Perspektive Russlandhilfe e.V. führten.

Die Proteste nach der letzten Präsidentschaftswahl hätten zu leichten Veränderungen in der Politik Putins geführt, erklärte Elisabeth Wolbers, Leiterin der Politischen Abteilung der Deutschen Botschaft. Momentan sei aber wieder eine Gegenbewegung eingetreten, sagte sie mit Blick auf das Gesetz über die Nichtregierungsorganisationen (NGO). Das im Sommer gestartete Deutschlandjahr in Russland, die Bemühungen um Visafreiheit für Kurzaufenthalte sowie die Abhängigkeit der deutsch-russischen Beziehungen von der Rohstoffsituation waren weitere Themen des Gesprächs.

In der alten Botschaft der DDR ist das größte Goethe-Institut beheimatet, das die Bundesrepublik unterhält. Das Gebäude ist unpraktisch, aber technisch inzwischen sehr gut ausgestattet. Die 172 Mitarbeiter koordinieren von Moskau aus auch die Arbeit in 11 weiteren Ländern. „Deutsch ist noch immer die zweitwichtigste Fremdsprache in Russland“, berichtete Institutsleiter Dr. Rüdiger Bolz. Etwa 2,3 Mio. Deutschlerner gebe es, 6.000 besuchten die Kurse des Instituts, das außerdem rund 200 Kulturveranstaltungen pro Jahr organisiere. Außerdem habe es die Projektleitung für das Deutschlandjahr mit insgesamt 1.000 Veranstaltungen in 15 Städten inne. „Kein Land hat nur ein Gesicht“, betonte der stellvertretende Institutsleiter Dr. Christoph Veldhues, mit Blick auf das Russlandbild in Deutschland. Dieses gelte es zu verbessern. Die Menschen in Russland wollten sich Zukunftsoptionen aufbauen und hätten ihrerseits ein positives Bild von Deutschland als modernes, sympathisches Land.

„Die Vergangenheit holt uns immer wieder ein“, sagte Boris I. Belenkin, Bibliotheksleiter der Organisation Memorial, die während der Zeit der Perestroika gegründet wurde und sich heute der Erforschung der Geschichte des Totalitarismus in der Sowjetunion und aktuellen Fragen der Menschenrechte in Russland widmet. Man könne zwar derzeit ungehindert arbeiten, aber es sei unklar, wie lange Putin die einstmals mächtigste Massenorganisation Russlands noch gewähren lasse, um sein Gesicht in Europa zu wahren. Eine Abkühlung des Verhältnisses würde sich direkt auf Memorial auswirken, befürchtete Belenkin. Ohnehin sehe man sie als Spione an. Mit einem neuen Gesetz sollten Organisationen, die zur Finanzierung ihrer Arbeit Mittel aus dem Ausland erhalten, gezwungen werden, alle ihre Publikationen mit dem Titel „Ausländischer Agent“ zu versehen. „Wir werden das nicht tun und abwarten, was passiert“, sagte der Memorial-Aktivist. Die Ford Foundation und auch deutsche Stiftungen unterstützen die Menschenrechtsprogramme von Memorial, das über Büros in 60 russischen Städten und in

einigen weiteren ausländischen Städten verfügt. Rechte von Migranten und politischen Gefangenen, bewaffnete Konflikte und Menschenrechtsverletzungen werden registriert und aufgearbeitet. Die Menschenrechtssituation in Russland und Mittelasien sei problematisch, beklagte Belenkin. Kriminalität bei der Olympiavorbereitung in Sotschi, kriegsähnliche Zustände nebenan im Kaukasus – und alle schwiegen dazu wie vor vier Jahren in Peking. „Es gibt kein richtiges Rechtssystem und kein richtiges Parlament, Menschenrechte stehen da ganz weit hinten“, beschrieb Belenkin den deutschen Gästen das aktuelle Dilemma in Russland, das sich noch nicht von der Vergangenheit verabschiedet habe.

Die ist besonders in der Provinz noch allgegenwärtig und in den Symbolen des untergegangenen Sowjetstaates erkennbar, die beispielsweise den Eingang zur Technischen Universität in Kaluga „schmücken“. Die Akademie für Volkswirtschaft und Staatlichen Dienst, von der die Thüringer eingeladen worden waren, unterscheidet sich hingegen kaum von einer modernen Fachhochschule in Deutschland. Obwohl sie vom Status einer sogenannten „Präsidentenakademie“ her staatlich ist, genießt sie relativ große Autonomie und finanziert sich ausschließlich über Studiengebühren. Überschüsse konnte sie in den vergangenen Jahren in den Kauf ihrer zwei Gebäude und die technische und personelle Ausstattung investieren. Etwa 500 Direktstudenten und 1.500 Weiterbildungsstudenten sind derzeit eingeschrieben.

Direktor Pawel W. Samylov begrüßte die Gäste aus Thüringen zu einem Seminar mit Studierenden der Geschichts- und Rechtswissenschaft. Der Thüringer Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Weißkopf erläuterte das vorgerichtliche Widerspruchsverfahren in Deutschland. Etwas Vergleichbares gibt es in Russland bislang nicht. Über die Organisation der parlamentarischen Arbeit in Deutschland und die Arbeit der Parteien informierten die Vertreter aus dem Thüringer Landtag. So sprach der Pressesprecher der FDP-Landtagsfraktion Jens Panse über den liberalen Staat als Garant für Freiheit und Bürgerrechte. Jan Lemanski von der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen berichtete den Studierenden über Bürgerbeteiligung in der parlamentarischen Demokratie. „Die Linke und die Gesellschaft“ war das Thema des Erfurter Stadtrats Dr. Reinhard Duddek, der im Wahlkreisbüro des Linken-Landtagsabgeordneten André Blechschmidt tätig ist. Fragen der Studenten zu der Beteiligung von Jugendlichen an Parteiprojekten, zum System der öffentlichen Kontrolle der Partei- und Abgeordnetentätigkeit oder dem Umgang mit rechtsradikalen Parteien wurden im Anschluss an die Vorträge angeregt diskutiert. „Es war sehr aufschlussreich für unsere Studierenden, zu erleben, wie parlamentarische Arbeit in Deutschland organisiert wird und wie die Parteien dabei zusammenarbeiten“, sagte die stellvertretende Direktorin Olga Khomutowa. Die 40-jährige Dozentin für Öffentliches Recht freute sich über das große Interesse ihrer Studenten, die demnächst auch persönliche Erfahrungen im Rahmen einer Hospitation im Thüringer Landtag sammeln können. Dr. Carsten Klein, Geschäftsführer der FDP, versprach für seine Fraktion die weitere Beteiligung an dem Programm.

Seit vier Jahren gibt es auf Vermittlung der Deutsch-Russischen Freundschaftsgesellschaft in Thüringen e.V. Besuche von Kalugaer Studierenden in den Landtagsfraktionen der Linken, der FDP, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD. Nur seine eigene Fraktion – die CDU – beteilige sich bislang nicht an dem Programm, bedauerte Kummer, dem als ehemaligem Oberbürgermeister der Stadt Suhl die Förderung der zivilgesellschaftlichen Kontakte zur

Partnerstadt Kaluga besonders am Herzen liegt. Ca. 360.000 Einwohner zählt die 200 Kilometer südwestlich von Moskau gelegene Hauptstadt des Kalugaer Gebietes. Die Besucher aus Thüringen besuchten das VW-Werk, sprachen aber auch mit Tierschützern, die bislang in Russland keinerlei Lobby haben, und trafen sich mit Hochschullehrerinnen, die mit bescheidenen Mitteln versuchen, die Deutschausbildung der Studenten zu fördern. „Die Wirtschaftskontakte nach Russland sind wichtig sagte Kummer. Man dürfe aber darüber nicht die Menschen vergessen. Ihnen gelte es Mut zu machen. Wie schwierig das ist, spürten die Thüringer Gäste beim Besuch des Heimatmuseums von Kaluga. Befragt nach ihrem Wahlverhalten, sagte eine wissenschaftliche Mitarbeiterin, sie könne als „einfache russische Frau“ keine Einschätzung vornehmen und gehe deshalb nicht zur Wahl.

„Thüringen ist immer noch ohne Partnerregion in Russland und steht damit im Reigen der deutschen Bundesländer alleine! Das Angebot des stellvertretenden Ministers für Regionalentwicklung des Kalugaer Gebietes, Dimitriy N. Abramov, zu Gesprächen mit Thüringer Vertretern liegt auf dem Tisch“, so der Vorsitzende der Freundesgesellschaft nach einem abschließenden Treffen in Kaluga.

Mein Fazit fällt zwiespältig aus: Für viele Russen hat Putin nach dem Chaos unter Jelzin Ordnung ins Land gebracht und für eine Grundsicherung der Menschen gesorgt. Das Fehlen eines demokratischen Rechtsstaates beklagen sie nicht, weil sie es nie anders kennengelernt haben. Andere wiederum kritisieren, dass sie die Sozialleistungen für alle mit ihrem relativ niedrigen Durchschnittseinkommen mitfinanzieren müssen. Oleg, den wir in Moskau trafen, sieht keine Zukunft für sich und seine Familie. „Sind die Rohstoffe alle oder die Preise fallen, stürzt das Land wieder ins Chaos.“ Er befürchtet dann noch mehr Korruption und Kriminalität. In Kaluga erzählt man von einem Besuch Putins in der Stadt, bei der seine Präsidentenlimousine in den Schlaglöchern fast die Achsen eingebüßt hätte. Er setzte daraufhin den gewählten Bürgermeister ab und einen City-Manager ein. Dann rückten mitten im November Bautrupps an und asphaltierten die Stadt, ohne ordentliche Straßengründung und Kanalisation. Wie sich das bei Regen auswirkt, auch davon konnten wir uns ein Bild machen. Russland hat noch einen weiten Weg vor sich. Jedem, der sich hier bei uns lautstark beklagt, empfehle ich einen Besuch in der russischen Provinz.

| Jens Panse

|